

# Green Paper "Confronting demographic change: a new solidarity between the generations"

<b>Identification of case</b>	
IPM Reference Number:	459258
Creation date	14-10-2005
Modification date	
<b>Privacy statement</b>	
<b>Personal Data</b>	
Do you consent to the publication of your personal data/data relating to your organisation with the publication of your replies to the consultation? <span style="float: right;">Yes</span>	
Name Katrin Hatzinger	
E-mail address ekd.bruessel@ekd.be	
Are you replying as an individual or an organisation? <span style="float: right;">Organisation</span>	
On behalf of which of the following are you replying? <span style="float: right;">Other</span>	
<p>Please specify the name of your organisation or institution</p> <p>Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) vereint die 23 lutherischen, reformierten und unierten Landeskirchen in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Zeit gehören in Deutschland etwa 27 Millionen Christinnen und Christen den Landeskirchen in mehr als 18.000 rechtlich selbstständigen Kirchengemeinden an. Die EKD nimmt die ihr übertragenen Gemeinschaftsaufgaben wahr und vertritt die Gliedkirchen auch auf internationaler Ebene nach außen. Im Rahmen ihres Öffentlichkeitsauftrages nimmt sie Stellung zu ethischen, kirchenspezifischen, weltanschaulichen und gesamtgesellschaftlichen Fragen, insbesondere wenn Gesichtspunkte wie Familien-, Bildungs- und Migrationspolitik sowie die Solidarität zwischen den Generationen berührt sind. Die nachfolgenden Vorschläge sollen zur Umsetzung folgender zwei Ziele dienen: I. IDEELL: Ein neues Wertebewusstsein der „Generationensolidarität“ schaffen! Inwieweit leisten die verschiedenen Maßnahmen einen ideellen Beitrag zu der gesellschaftlichen Wertschätzung von Kindern, Familien, älteren Menschen und Migrant/innen sowie der Solidarität untereinander? Kinder sind der emotionale und soziale Reichtum der Gesellschaft. Altern sollte nicht automatisch mit negativen Konnotationen verbunden werden. Vorstellungen, die Alter mit Gebrechlichkeit, Bedürftigkeit, Vergreisung und Defiziten körperlicher und geistiger Art in Verbindung bringen, müssen relativiert werden. Zugleich darf die gestiegene Verletzlichkeit, die das Alter auszeichnet, nicht ausgeblendet werden. II. STRUKTURELL: Entsprechende Infrastrukturen entwickeln! Welche Strukturen und Rahmenbedingungen fördern bzw. blockieren die Entwicklung einer familienfreundlichen bzw. generationensolidarischen Gesellschaft?</p>	
Country where your organisation is based <span style="float: right;">DE - Germany</span>	
<b>Explanation</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Do you take the view that the discussion of demographic trends and managing their impact should take place at European level?</li> <li>• If so, what should be the objectives, and which policy areas are concerned?</li> </ul>	

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) begrüßt den Beschluss der Generaldirektion Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit der Europäischen Kommission vom 17. März 2005, auch auf europäischer Ebene der Herausforderung des demografischen Wandels zu begegnen. Die EKD unterstützt hierbei das Ziel, auf die demographische Herausforderung mit einer neuen „Solidarität zwischen den Generationen“ zu reagieren. „Eine gerechte Gesellschaft baut auf den beiden sich ergänzenden Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität auf. Sie bringen zum Ausdruck, dass der Mensch eine je eigene einmalige Person und als solche zugleich ein soziales Wesen ist.“ Die Leistung der Familie besteht darin, dass sie idealtypisch eine Stätte der „Verwirklichung Generationen übergreifender Solidarität“ ist, ein Ort, „wo Eltern Verantwortung für ihre Kinder übernehmen ... und an dem Kinder Verantwortung für ihre Eltern tragen“. Um angemessen auf die komplexe Situation der Bevölkerungsentwicklung zu reagieren und diese zu gestalten, wird ein „policy mix“ aus verschiedenen Strategien in ganz unterschiedlichen Bereichen erforderlich sein, wie der Familien, Arbeits- und Sozialpolitik, Jugend- und Bildungspolitik, Seniorenpolitik, Migrationspolitik, dem Gender-mainstreaming, der Kultur und Medienpolitik. Da für die meisten Politikbereiche das Subsidiaritätsprinzip greift und damit die politische Zuständigkeit bei den Nationalstaaten liegt, wird der europäischen Ebene vor allem die Rolle der Koordination und flankierenden Begleitung bei den mit dem demografischen Wandel zusammenhängenden Fragen zu kommen. Das Ergebnis könnte sein, eine Art „tool box“ mit Maßnahmen und Anregungen zur Gestaltung des demografischen Wandels den Mitgliedstaaten zur Verfügung zu stellen, so dass diese bei Bedarf darauf zurück kommen können.

## 1. The challenges of European demography

### 1.1. The challenge of a low birth rate

*Over many years, the Union has been making considerable efforts to achieve equality between men and women and has coordinated national social protection policies.*

- How can a better work/life balance help to tackle the problems associated with demographic ageing?
- How can a more balanced distribution of household and family tasks between men and women be encouraged?
- Should the award of certain benefits or advantages (leave, etc.) be linked to an equal distribution of tasks between the sexes? How best to ensure an adequate income for both parents on parental leave?
- How can the availability of child care structures (crèches, nursery schools, etc.) and elderly care structures be improved by the public and private sectors?
- Can a reduced rate of VAT contribute to the development of care services?
- How can parents, in particular young parents, be encouraged to enter the labour market, have the career that they want and the number of children they want?

Die Evangelische Kirche Deutschlands anerkennt Partnerschaft, Ehe und Familie als gute und zu schützende Gaben Gottes. Zugleich nimmt die EKD wahr, dass die in der Wirtschaft und Gesellschaft verbreiteten Mobilitätsvorstellungen und -forderungen dauerhafte Bindungen erschweren und gefährden. Die EKD konstatiert, dass die Förderung und Erziehung der Kinder eine über die Familien hinausreichende Gemeinschaftsaufgabe ist, die nicht erst mit der Schulpflicht beginnt. Daher ist es notwendig, die Ursachen, die Familiengründungen behindern, weiter zu erforschen und zu überwinden. Mehrere Kinder zu haben bedeutet heute ein Armutrisiko. Die EKD identifiziert für eine nachhaltige Familienpolitik folgende Prioritäten: „die Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten und realen Familienlastenausgleichs, der Einsatz für eine familienfreundliche Arbeitswelt sowie die Realisierung einer Alterssicherung, die Zeiten in der Erziehung und Pflege ebenso wie die Erwerbsarbeit gleichermaßen berücksichtigt.“ Zur Umsetzung dieser Ziele schlägt die EKD folgende politischen Maßnahmen vor: Eine nachhaltige Familienpolitik durch den Aufbau eines Wertebewusstseins und einer Infrastruktur, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördert. Ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagesbetreuung und Betreuungseinrichtungen auch für Unterdreijährige sollte geschaffen werden. Tageseinrichtungen dürfen nicht nur der „Aufbewahrung“ von Kindern dienen, vielmehr kommt ihnen ein eigenständiger Bildungsauftrag zu. Was die materielle Sicherheit angeht sind verschiedene Lösungen denkbar, sei es in Form eines Elterngeldes oder einer einheitlichen Familienkasse. Die Kindererziehung sollte in den sozialen Sicherungssystemen, wie bei der staatlichen Förderung privater Altersvorsorge stärker honoriert werden. Eltern sollten bei der Wahrnehmung von Erziehungsaufgaben durch Leistungsbereiche der Jugendhilfe, wie Erziehungs-, Ehe- und Familienberatung, Hilfen in Krisensituationen etc. unterstützt werden. Auch in den Unternehmen ist eine flexible familienorientierte Arbeitszeitorganisation und familienfreundliche Personalpolitik von Nöten, die sich nicht nur an wirtschaftliche Aspekte wie Produktionsprozess und

Geschäftsverlauf anpasst, sondern Rücksicht auf die Zeitbedürfnisse der Familie nimmt, z.B. Einrichtung von Zeitkonten oder Sabbat-Zeiten, Gleitarbeitszeit, Telearbeit, Teilarbeitszeit. Ganztagsbetriebskinderkrippen und Elternbeauftragte etc. sollten gefördert werden. Der Sonntag ist als arbeitsfreie und gemeinsamer Familientag zu schützen. Schließlich müssen mehr Teilzeitstellen für Frauen und Männer eingerichtet sowie entsprechend der EU - Gleichstellungsrichtlinie die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede abgebaut werden, so dass nicht zwingend die Frau aus Einkommensgründen Teilzeit in Anspruch nehmen muss. Auch durch Bildung, Kultur, Medien können Geschlechterstereotypen überwunden werden. Die individuelle Entscheidung für oder gegen Kinder muss eine Frau in Freiheit treffen können und sie muss gesellschaftlich respektiert werden. Die Überwindung des gängigen familiären Rollenverständnisses ist bedeutsam. Die EKD tritt dafür ein, dass Kinder im Rahmen von Familie und Ehe aufwachsen. Dennoch muss auch der veränderten Lebenswirklichkeit von Lebensgemeinschaften, Alleinerziehenden und Patchwork-Familien Rechnung getragen werden. Die Vereinbarkeit von Ausbildung bzw. Studium und Familiengründung, familienfreundliche Karriereplanung bei Nachwuchswissenschaftler/innen ist zu fördern.

## 1.2. The possible contribution of immigration

*The Thessaloniki European Council in June 2003 declared that an EU integration policy for immigrants should help to meet the new demographic and economic challenges currently facing the EU. This is the debate initiated by the Green Paper adopted last January.*

- To what extent can immigration mitigate certain negative effects of demographic ageing?
- What policies should be developed for better integrating these migrants, in particular young people?
- How could Community instruments, in particular the legislative framework to combat discrimination, the structural funds and the Employment Strategy, contribute?

Zuwanderung kann immer nur eine Teillösung für den demographischen Wandel darstellen. Zwar kann sie kurzfristig das Durchschnittsalter senken, die Geburtenrate unter den MigrantInnen passt sich aber langsam der Geburtenrate des Aufenthaltsstaates an. Grundsätzlich muss im Hinblick auf die Zuwanderung ein Paradigmenwechsel eintreten. Die Diskussion um die Aufnahme von MigrantInnen in die 25 Mitgliedstaaten der EU darf nicht nur unter reinen Nützlichkeitsabwägungen geführt werden: Die MigrantInnen lediglich als „Humankapital“ zur Steigerung des Wirtschaftswachstums bzw. als potentielle Familiengründer zur Aufrechterhaltung des Bevölkerungswachstums zu betrachten, wie es in den Schlussfolgerungen von Thessaloniki anklingt, ist eine verkürzte Betrachtungsweise, die der Lebenswirklichkeit dieser Menschen nicht gerecht wird. In jedem Fall sollte sichergestellt sein, dass es offene, transparente Zugangsmöglichkeiten für Zuwanderer in die EU gibt und die Rechte und Pflichten der MigrantInnen klar umrissen sind. Eine europäische Beobachtungsstelle zu den Wegen legaler Migration könnte durch die Analyse, Sammlung und Bereitstellung entsprechender Daten aufschlussreiche Informationen über die Gründe für Migration liefern. Die Auswertung dieser Erhebungen könnte u.a. auch zu einem besseren Verständnis und zu einer höheren gesellschaftlicher Akzeptanz von Migration beitragen. Daneben sind die Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien, insbesondere der Rassengleichbehandlungsrichtlinie (2000/43/EG) sowie der Beschäftigungsrahmenrichtlinie (2000/78/EG) in nationales Recht unverzichtbar. Die Umsetzung ist noch immer nicht in allen Mitgliedstaaten erfolgt. Was die Integrationspolitik anbelangt, so liegt die Zuständigkeit dafür weiterhin bei den Mitgliedstaaten. Die Europäische Union kann in diesem Gebiet allerdings Hilfestellungen leisten, indem sie den Austausch von bewährten Praktiken sowie die Bildung von Netzwerken fördert. Integration sollte hier stets als ein gegenseitiger Prozess verstanden werden, der sowohl von dem aufnehmenden Staat als auch von den MigrantInnen verlangt, eine aktive Rolle zu übernehmen. So können Sprachkurse die kulturelle Identifikation mit dem Aufenthaltsland und damit die Integration sicherlich erleichtern. Allerdings sollte hierbei auch immer die Lebenswirklichkeit der Einwanderer berücksichtigt werden, d.h. z.B. über die Einführung von betrieblichen Sprachkursen mit dem entsprechenden Fachvokabular für den Arbeitsalltag nachgedacht werden. Die Gelder aus dem Europäischen Sozialfonds könnten dazu eingesetzt werden, Zuwanderern den Eintritt in das Erwerbsleben zu erleichtern (Qualifikations- und Fortbildungsmaßnahmen) und in den Betrieben ein entsprechendes Klima zu schaffen, das die Beschäftigungschancen von MigrantInnen verbessert (z.B. durch die Finanzierung betrieblicher Sprachkurse). Damit die Betroffenen in der politischen Debatte ein Mitspracherecht erhalten, kommt der Förderung von MigrantInnenorganisationen ein besonderer Stellenwert zu. In diesem Zusammenhang bietet es sich an, die Rolle des Europäischen Sozialfonds als Katalysator für neue Konzepte zu nutzen, um den europaweiten Austausch von Wissen, Ideen und bewährten Verfahren anzuregen.

## 2. A new solidarity between the generations

## 2.1. Better integration of young people

*European objectives have been laid down for the prevention of long-term youth unemployment, combating early school leaving and raising the level of initial training. The structural funds help to attain them at grass roots level.*

- How can initial training and adult training schemes be improved? What can non-formal education and voluntary activities contribute? How can the structural funds and the instruments for achieving better access to the knowledge society contribute?
- How can the bridges between school and working life and the quality of young people's employment be improved? What role should social dialogue play? What can dialogue with civil society, in particular youth organisations, contribute?

Die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft bemisst sich nicht zuletzt daran, welche Perspektiven und Zukunftschancen sie ihrer Jugend gibt. Die hohe Arbeitslosigkeit und die bestehenden Schwierigkeiten beim Zugang zu Ausbildungsplätzen und zum Arbeitsmarkt stellen für Jugendliche eine erhebliche Belastung dar. Der wirtschaftliche Selektions- und Konkurrenzdruck wird von Jugendlichen deutlich empfunden. Besonders prekär ist die Lage derer ohne abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung. Das Drama ist: Wer als Jugendlicher scheitert, wird mit großer Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft zu den Arbeitslosen zählen. Motiviert durch die biblische Option für die Armen setzt sich die Evangelische Kirche dafür ein, Ausgrenzungen zu überwinden und alle, v.a. die, die im Schatten des Wohlstand leben, am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. (Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, 44f.) Zu konkreten Vorschlägen siehe unten. .

- How can Community policies contribute more to combating child poverty and poverty among single-parent families and to reducing the risk of poverty and exclusion among young people?
- What forms of solidarity can be fostered between young people and elderly people?

1. Maßnahmen zur Minderung des Armuts- und Ausgrenzungsrisikos von leistungsschwachen Kindern und Jugendlichen -Die Umsetzung des „Europäischen Pakts für die Jugend“ durch Mitgliedsstaaten sollte durch die EU-Kommission beratend und kritisch begleitet werden, entsprechend der vorgeschlagenen Maßnahmen in der Mitteilung „Die Anliegen Jugendlicher in Europa aufgreifen“ (KOM (2005) 206). Hier ist besonders die Strategie zur „sozialen Eingliederung“ für die am stärksten gefährdeten Jugendlichen anzuwenden. (Personalisierte Aktionspläne mit Unterstützung bei der Arbeitssuche, Beratung und Weiterbildung; politische Maßnahmen zur Sicherung von Ausbildungsplätzen). -In Ergänzung dazu sollte die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Umsetzung des EU -Arbeitsprogramms „Allgemeine und Berufliche Bildung 2010“ vorangetrieben werden, um die Anzahl von Schulabbrecher/innen zu verringern und den Zugang auf den Arbeitsmarkt zu erleichtern. -Der Sorge junger Menschen, sich keine Kinder leisten zu können, sollte durch kinderbezogene finanzielle Anreize in den Steuer- und Sozialsystemen begegnet werden, z.B. durch steuerliche Freibeträge und einen sog. Familienleistungsausgleich. Außerdem sollte ein bedarfsbezogener Familienlastenausgleich stattfinden. Dieser könnte existenzsicherndes Kindergeld, familienbezogenes Wohngeld und die Ausbildungsförderung je nach Einkommen umfassen. -Anteil des BIP für Bildung erhöhen Armut wird, zumindest in Deutschland, immer noch vererbt. Das Recht auf gleiche Bildungschancen entspricht aber der Würde des Menschen. Insofern sollte eine frühkindliche Elementarbildung und der Besuch von Kindergärten gebührenfrei sein. -Bildungskonzepte: Neben der Aneignung von IKT (Informations- und Kommunikationstechnologie)-Kompetenzen sind Persönlichkeits-entwicklung, Stärkung der Eigenverantwortung und Gemeinschaftsfähigkeit gleichgewichtige Lernziele. Bildung darf nicht auf die Herstellung eines „marktreifen Menschen“ reduziert werden. Bildung in einer Wissensgesellschaft muss die Herausbildung einer ethischen und religiösen Urteilsbildung einschließen. 2. Formen der Solidarität zwischen Jugendlichen und Älteren -Solidarität zwischen den Generationen wird u.a. erschwert durch Vorstellungsbilder von Alt- oder Jung-Sein in Medien, Werbung, Bildung und Kultur. In diesen Bereichen muss mehr Bewusstseinsbildung gegen eine Diskriminierung aufgrund des Alters geleistet werden. Bestehende Altersdiskriminierung, wie die Verweigerung von Bankkrediten, unangemessen hohe Versicherungspolice, sowie die Negativbilder in den Medien, muss im Sinne der EU Antidiskriminierungsrichtlinien (2000/78/EG) beseitigt werden. -Statt getrennte Jugend- und Seniorenzentren „Generationenhäuser“ einrichten. Städte- und Wohnungsbaukonzepte sollten es ermöglichen, dass Netzwerke der Hilfe unter den Generationen entstehen können, in denen Wohnungen junger und älterer Menschen in unmittelbarer Nachbarschaft angesiedelt werden. Konkret könnten Netzwerke darin bestehen, dass die Jungen regelmäßig für die Älteren einkaufen, während diese das „Babysitting“ übernehmen. Hier könnten auf regionaler Ebene Vermittlungs- und Koordinationsstellen, im Sinne der „Hilfe zur Selbsthilfe“ geschaffen werden

## 2.2. A global approach to the “working life cycle”

*In order to foster the transition to a knowledge society, EU policies promote the modernisation of work organisation, the definition of lifelong learning strategies, the quality of the working environment and “active ageing”, in particular raising the average retirement age. Demographic changes reinforce the importance of these policies, whilst raising new questions:*

- How can the organisation of work be modernised, to take into account the specific needs of each age group?
- How can young couples' integration in working life be facilitated and how can we help them to find a balance between flexibility and security to bring up their children, to train and update their skills to meet the demands of the labour market? How can we enable older people to work more?

1. Zur Modernisierung des Arbeitslebens, unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie vgl. hierzu die Vorschläge unter: „1.1. Die Herausforderung einer niedrigen Geburtenrate“ Die sozialpolitischen Maßnahmen in Österreich können weitere Impulse liefern, wie Auszahlung eines Kinderbetreuungsgeldes; zusätzliche finanzielle Leistung, wenn sich die Eltern bei der Betreuung abwechseln (wodurch die Anzahl der Väter, die dieses Geld bezieht, deutlich stieg); Elternteilzeitregelungen bis mindestens zum Schuleintritt des Kindes. Das finnische Modell der Vereinbarkeit von Beruf und Familie räumt jedem Kinder ein subjektives Recht auf Tagesbetreuung ein, einschließlich kostenloser Schulmahlzeiten. Die Eltern von jungen Schulkindern haben das Recht auf kürzere Arbeitstage. Nachmittagsbetreuung für junge Schulkinder, Teilen der Kosten der Elternschaft zwischen den Arbeitgebern der Mütter und der Väter, Unterstützung für ältere Eltern sind zusätzliche staatliche Leistungen. 2. Wie kann man den älteren Menschen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten bieten? Bestehende Altersdiskriminierung, wie die Verweigerung von Bankkrediten, unangemessen hohe Versicherungspolice, sowie die Negativbilder in den Medien müssen im Sinne der EU Antidiskriminierungsrichtlinien (2000/78/EG) von allen Mitgliedsstaaten abgebaut werden. Die EKD befürwortet die Förderung der aktiven Gestaltungskraft älterer Menschen. In den vergangenen Jahren sind die Älteren oft frühzeitig aus dem Erwerbsleben "aussortiert" worden. Ihr Erfahrungswissen und ihre erworbenen Kompetenzen wurden so verschwendet. Diese Praxis diskriminiert die Älteren und überfordert die Jungen. Die frühzeitige Entlassung in die Arbeitslosigkeit bedeutet für viele junge Alte den Verlust an Selbstwert und treibt sie häufig in soziale Isolation. Um die Potenziale älterer Menschen künftig besser zu nutzen, sollten folgende Maßnahmen gefördert werden: Fortbildungsmaßnahmen, bedienerfreundlichere Software und flexiblere Arbeitszeiten im Rahmen des „Lebenslanges Lernens“ und „Aktiven Alterns“. Andererseits darf die Forderung zum „Aktiven Altern“ nicht zum Diktat der lebenslänglichen Anpassung an sich ständig verändernde wirtschaftliche Ziele verengt werden. Älteren müssen der Druck und die Sorge genommen werden, dass sie durch „das Lebenslange Lernen“ ständig als Ressourcen und Kapazitäten einer wissensbasierten Gesellschaft bewähren müssten. Maßnahmen des „Aktiven Alterns“ dürfen nicht zu einer Überforderung Älterer führen. Die Grenzen der Leistungsfähigkeit und das Recht auf einen Ruhestand sind im Rahmen des Ausbaus der Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Menschen zu achten. Alle Maßnahmen des „Lebenslanges Lernens“ sollten darauf geprüft werden, ob sie dem Grundsatz der Menschenwürde vor aller Produktivität Rechnung tragen.

- How can work organisation best be adapted to a new distribution between the generations, with fewer young people and more older workers?
- How can the various stakeholders in the Union contribute, in particular by way of social dialogue and civil society?

1. Arbeitsumwelt und Lebenszyklus und Rolle der EU Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Arbeitsumwelt befürwortet die EKD einen ganzheitlichen Ansatz, der körperliche, mentale, psychosoziale sowie emotionale Belastungsfaktoren berücksichtigt (vgl. Arbeit, Leben und Gesundheit: EKD – Studie, 40f.) Diese Faktoren sollten in Strategien zur Prävention von arbeitsbedingten Krankheitsrisiken eingebunden werden. Eine wissenschaftliche Datenbank der gesundheitlichen Folgen des aktiven Alterns sollte erstellt werden. 2. Dialog Die EU sollte stärker den Dialog mit den Sozialpartnern suchen, um „gesunde“ Bedingungen zum „Aktiven Altern“ zu schaffen. Die europäischen Strukturfonds bilden hier ein wichtiges Instrument. Die EU-Kommission sollte die Umsetzung der EU-Richtlinien zum Elternurlaub und zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt in den Mitgliedsstaaten überprüfen.

## 2.3. A new place for “elderly people”

*The European coordination of retirement scheme reforms is promoting more flexible bridges between work and retirement.*



- Should there be a statutory retirement age, or should flexible, gradual retirement be permitted?
- How can elderly people participate in economic and social life, e.g. through a combination of wages and pensions, new forms of employment (part-time, temporary) or other forms of financial incentive?
- How can activities employing elderly people in the voluntary sector and the social economy be developed?
- What should be the response to pensioner mobility between Member States, in particular with regard to social protection and health care?
- How should we be investing in health promotion and prevention so that the people of Europe continue to benefit from longer healthy life expectancy?

Die notwendigen Reformen der Neuordnung der Alterssicherung muss nach Ansicht der EKD dem Grundsatz Rechnung tragen, dass die materiellen Voraussetzungen für ein Leben in Würde auch im Alter zu schaffen sind. Es gehört zur biblischen Ethik, Sorge für die älteren Mitglieder der Gesellschaft zu tragen. 1. Renteneintrittsalter Die EKD befürwortet eine Flexibilisierung und Anpassung des Renteneintrittsalters an die höhere Lebenserwartung und den besseren Gesundheitszustand. Zur Wahrung der Generationenbalance muss die tatsächliche Lebensarbeitszeit wieder zunehmen, um mittel- und langfristig eine Überforderung der aktiven Generation zu vermeiden. Jedoch muss über die Rentenmodelldebatte hinausgehend die Erwerbstätigenquote insgesamt in allen erwerbsfähigen Altersklassen erhöht werden, um eine möglichst breite Rentenfinanzierungsbasis zu gewinnen. Am wirksamsten lässt sich die Bedrohung der Rentensysteme durch die Bevölkerungsüberalterung dadurch abwehren, dass man den Trend zur Frühverrentung umkehrt. Deshalb sind in der Konsequenz sowohl angemessene Abschläge bei früherem Ausscheiden als auch Zuschläge bei späterem Ausscheiden denkbar. Eine Änderung der Verrentungsmuster ist jedoch nicht durchführbar ohne die Mitwirkung der Sozialpartner, unterstützt von arbeitsmarktpolitischen, steuerpolitischen und die Arbeitsorganisation betreffenden Maßnahmen. Jedem Erwerbstätigen kann die Möglichkeit eines gleitenden, abgestuften Übergangs eröffnet werden, bei dem der Einzelne über den Umfang seiner Weiterbeschäftigung (z.B. Teilzeit) selbst bestimmen kann. Die Übergangszeit kann etwa eine Spanne vom 58. – 72. Lebensjahr umfassen. Dabei müssen die Sozialschutzregelungen bestehen bleiben, die eine Frühverrentung unter bestimmten Bedingungen verpflichtend machen, wie z.B. im Fall von langwieriger Krankheit, Invalidität oder Arbeitslosigkeit älterer Arbeitskräfte in strukturschwachen Regionen. Der vorzeitige Ruhestand sollte wieder das sein, was er einmal war: die Ausnahme. Die Negativ-Sicht auf das Alter muss einem Blick auf die vielfältigen Potenziale des Alters weichen, damit Älteren im gleichen Maße wie Jüngeren die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Partizipation eröffnet wird. 2. Gesellschaftliche Partizipation älterer Menschen Aus Sicht der Evangelischen Kirche liegt eine der zentralen Herausforderungen in der Schaffung neuer Verantwortungsrollen für Ältere. Dazu gehören u.a. Spielräume für selbstständiges und eigenverantwortliches Handeln. Die physische und mentale Gesundheit älterer Arbeitnehmer/innen ist wichtig, genauso wie deren soziale Aktivitäten und die Einbindung in die Gesellschaft. Laut Weltgesundheitsorganisation steigen die Gesundheitsrisiken für Diabetes, Herzkrankheiten, Bluthochdruck, sozioökonomische Probleme und Verringerung der Lebensqualität durch längeres Arbeiten. Von daher ist der Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung als Markenzeichen des europäischen Solidaritätsmodells zu erhalten und auszubauen. Die prozentuale Zunahme der Senior/innen und Hochbetagten wird zu einem Prüfstein für diesen Grundsatz. Es muss ein angemessenes Angebot qualitativ hochwertiger Pflege für hochbetagte Menschen und ein gleichberechtigter Zugang zur medizinischen Betreuung aller Altersgruppen gewährleistet sein.

## 2.4 Solidarity with the very elderly

*The coordination of national social protection policies is due to be extended to long-term care for the elderly in 2006. How can this help to manage demographic change?*

- The coordination of national social protection policies is due to be extended to long-term care for the elderly in 2006. How can this help to manage demographic change?
- In particular, should a distinction be drawn between retirement pensions and dependency allowances?
- How do we train the human resources needed and provide them with good quality jobs in a sector which is often characterised by low salaries and low

qualifications?

- How do we arrive at a balanced distribution of care for the very old between families, social services and institutions? What can be done to help families? What can be done to support local care networks?
- And what can be done to reduce inequality between men and women when they reach retirement age?
- How can new technologies support older people?

Eine Rentenreform sollte folgenden Kriterien genügen: eine langfristig stabile Finanzierung mit angemessener Beteiligung des Staates an den Leistungen des sozialen Ausgleichs; Mindestsicherung von langjährig Versicherten, die im Alter kein ausreichendes Einkommen haben; Sicherung der Altersvorsorge zur Fortführung eines angemessenen Lebensstandards im Alter; Beseitigung gravierender Ungleichheiten in und zwischen verschiedenen Alterssicherungssystemen und eine angemessene Berücksichtigung der Kindererziehung als Beitrag zum Generationenvertrag. Frauen im Alter von 45 bis 65 Jahren leisten derzeit einen Großteil der Altenpflege als unbezahlte Arbeit zu Hause. Es ist damit zu rechnen, dass die wachsende Erwerbsbeteiligung von Frauen ihre traditionelle Verfügbarkeit für die Altenpflege zu einer Zeit vermindert, da der Bedarf dafür steigt. Es muss daher eine bessere Aufteilung der nicht institutionalisierten Pflegeaufgaben zwischen den Geschlechtern herbeigeführt werden. Arbeitnehmer/innen sollten zur Pflege älterer Menschen eine Karenzzeit erhalten und analog zum Elterngeld (s.o.) eine dem Einkommen entsprechende Vergütung für max. 12 Monate bekommen bzw. eine unbezahlte Karenzzeit für die weiteren Monate. Darüber hinaus ist eine Kapazitätserweiterung der institutionalisierten Pflegeeinrichtungen zu realisieren. Der Ausbau der Palliativmedizin und der Hospizarbeit ist voranzubringen, um älteren Menschen einen würdigen Abschied zu ermöglichen, sei es zu Hause oder in Einrichtungen. Diese politische Maßnahme sollte kombiniert werden mit ehrenamtlichen Engagement, das durch Anrechnung auf die eigene Pflegeversicherung honoriert wird. In Deutschland werden 90 Prozent der Pflegebedürftigen zuhause - das heißt vor allem von den Familien und Nachbarn - betreut und gepflegt. Nicht selten sind die Familien - zumal mit zunehmender Pflegebedürftigkeit - an den Grenzen der eigenen Belastbarkeit angekommen. Zur Sicherung dieses Solidaritätsnetzes ist daher vor allem die Schaffung von Beratungsmöglichkeiten notwendig, die die Pflegenden zur Bewältigung ihrer Aufgabe in Anspruch nehmen können. Die historisch bedingte geringe Erwerbsbeteiligung der Frauen, die auf dem Prinzip des männlichen Alleinverdieners basierenden Sozialschutzsysteme und die Geschlechterunterschiede in der Lebenserwartung haben dazu geführt, dass viele Frauen nur über ein unzureichendes Renteneinkommen verfügen. Armut ist weiblich. Entschärfen lässt sich dieses Problem längerfristig durch die Förderung der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und in der Gehaltshöhe. Außerdem geht es um die Sicherstellung eines angemessenen Sozialschutzes. Gegenwärtig sind jedoch noch spezielle Maßnahmen erforderlich, um die unzureichende Ausrichtung der Rentensysteme auf die Bedürfnisse von Frauen auszurichten und ein angemessenes Mindesteinkommen sicherzustellen, z.B. für alleinstehende Frauen mit geringem Einkommen und daher geringer Rente Die Erziehungszeiten sollten in der Rentenversicherung angerechnet werden.

### **3. Conclusion: what should the European Union's role be?**

- Should the European Union be promoting exchanges and regular (e.g. annual) analysis of demographic change and its impact on societies and all the policies concerned?
- Should the Union's financial instruments – particularly the structural funds – take better account of these changes? If so, how?
- How could European coordination of employment and social protection policies better take on board demographic change?
- How can European social dialogue contribute to the better management of demographic change? What role can civil society and civil dialogue with young people play?
- How can demographic change be made an integral part of all the Union's internal and external policies?

Es ist zu begrüßen, dass die Union die Rolle der Koordination und flankierenden Begleitung bei der Gestaltung des demografischen Wandels aktiv übernimmt, jährliche Evaluationen, im Sinne der „Methode der offenen Koordinierung“ übernimmt und mittels EU-Konferenzen die verschiedenen Akteure der Nationalstaaten, Sozialpartner etc. zum Gedankenaustausch zusammenbringt und diesen

moderiert. Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist ein geeignetes Instrument, um Maßnahmen zu unterstützen, die auch für einen offensiven Umgang mit der demografischen Entwicklung relevant sind, wie z.B. die Erhöhung der Beteiligung von Frauen und Migrant/innen am Arbeitsmarkt oder der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen, Schulabbrecher/innen und Personen mit Behinderungen. Im Blick auf die Umsetzung und Möglichkeiten im Rahmen der zukünftigen ESF-Förderperiode bedarf es häufig allerdings einer Sensibilisierung der zuständigen Mitarbeitenden in den Ministerien auf nationaler bzw. Länderebene. In Verhandlungen mit den für z.B. Jugend zuständigen Ministerien über einzurichtende Programme und Umsetzungsmaßnahmen im Rahmen des ESF sollten nicht nur die verschiedenen Bereiche und Akteure der Jugendhilfelandchaft in den Blick rücken, sondern auch die besonderen Rahmenbedingungen der Jugendhilfe verbessert werden (Bürokratischer Aufwand, Co-Finanzierungsmodalitäten, Planungssicherheit etc.). Die EKD sieht sich selbst entsprechend Art. 52 des geplanten EU –Verfassungsvertrages als eine kritische Dialogpartnerin und Begleiterin im europäischen Gestaltungsprozesses des demografischen Wandels. Sie stellt ihre Kompetenzen und ihren Beitrag sowohl im Dialog als auch in ihren gemeinwohlorientierten Leistungen in Diakonie (Seniorenheime, Beratungsstellen, Sozial-, Behindertenarbeit) und Bildung (Kindergärten, Schule, Ausbildung, Akademien) zur Verfügung. Literatur: -Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit: Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland (Gemeinsame Texte 9), 1997 -Was Familien brauchen: Eine familienpolitische Stellungnahme des Rates der EKD (EKD Texte 73) , 2002 - Arbeit, Leben und Gesundheit: Perspektiven, Forderungen und Empfehlungen zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, 1990 -Maße des Menschlichen: Evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngemeinschaft (Eine Denkschrift), 2003 -Alterssicherung: Die Notwendigkeit einer Neuordnung (Eine Denkschrift), 1987

### The Questionnaire

How did you perceive this questionnaire? Expectations not met

Why?

Too long